

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII

1. Teil: Grundlagen

§ 1 Die Zuwanderungssituation	1
§ 2 Die Entwicklung des Zuwanderungsrechts einschließlich rechtstatsächlicher sowie internationalrechtlicher Bezüge	5
A. Gegenstand	5
B. Historische Wurzeln	6
I. Fremdenrecht in der Antike bis zum Absolutismus	6
II. Beginn der Epoche der Nationalstaaten	7
C. Das deutsche Zuwanderungsrecht bis zur Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg	7
I. Deutsches Reich	7
II. Weimarer Republik	8
III. Zeit des Nationalsozialismus	8
D. Das deutsche Zuwanderungsrecht bis zur Wiedervereinigung	9
I. Rechtslage nach dem Zweiten Weltkrieg	9
II. Anwerbevereinbarungen und Anwerbestopp	9
III. Ausländergesetz 1965	9
IV. Asylverfahrensgesetz 1982	10
E. Das deutsche Zuwanderungsrecht nach der Wiedervereinigung	10
I. Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts 1990	10
II. „Asylkompromiss“ 1993 und Vorläufer	11
III. Der Weg zum Zuwanderungsgesetz 2004	11
1. Reformbestrebungen	11
2. Gesetzgebungsverfahren	11
IV. Richtlinienumsetzungsgesetze 2007, 2011, 2013 und weitere Rechtsänderungen im Überblick	11
V. Entwicklung ab 2015	13
VI. Migrationspaket 2019	15
F. Völker- und Europarecht	16
I. Völkervertragsrecht	16
II. Die Sonderstellung der EMRK	17
III. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	18
IV. Europäisches Primärrecht (EG-Recht)	18
V. Europäisches Sekundärrecht	19
VI. Normenhierarchie	20
VII. Prozessuale Geltendmachung des Normvorrangs	20
G. Zusammenfassung	21

2. Teil: Allgemeines Zuwanderungs-/Aufenthaltsrecht	
§ 3	Einreise 23
A.	Der rechtliche Rahmen für Einreise und Aufenthalt und seine Systematik ... 24
I.	Die völkerrechtlich anerkannte Souveränität der Staaten als Ausgangspunkt 24
	1. Territorialhoheit und Einreisegestattung 24
	2. Völkervertragliche Öffnungen 25
II.	Die Zuständigkeiten der Europäische Union im Bereich der Einwanderungspolitik 26
	1. Die Kompetenzen der EU im Bereich der Einwanderungspolitik und der Grenzkontrollen 26
	2. Einreisefreiheit auf Grund der Unionsbürgerschaft und der Personengrundfreiheiten 28
III.	Auswirkungen auf die rechtliche Systematik Aufenthaltsrechts und die Rechtsanwendung 29
	1. Direkt anwendbares Unionsrecht 29
	2. Durch EU-Richtlinien determinierte Bereiche des deutschen Aufenthaltsrechts 30
	3. Verbliebene mitgliedstaatliche Kompetenzbereiche 30
	4. Einfluss des Völkerrechts 30
IV.	Die Schnittstellen zum Asyl- und Flüchtlingsrecht 30
B.	Rechtsbegriff und Formen der Einreise, Grenzschutz 31
I.	Einreise als Grenzübertritt 31
II.	Gesetzliche Ausgestaltungen des Einreisevorgangs 32
III.	Legale und irreguläre Einreise 33
IV.	Kontrolle und Schutz an Außengrenzen der EU 34
	1. Zielsetzung der Grenzkontrollen 34
	2. Grenzübergangsstellen 34
	3. Zulässige und gebotene Kontrollmaßnahmen bei der Ein- und Ausreise 35
	4. Pflicht zur Abstempelung von Reisedokumenten 36
	5. Rechtsfolge fehlender Einreisestempel 37
	6. Das Recht zur Einreiseverweigerung 37
V.	Kontrolle und Schutz an den Binnengrenzen 38
	1. Grundsatz des Kontrollverzichts 38
	2. Ausnahmetatbestände 38
	3. Im Grenzgebiet zulässige und untersagte Kontrollen 38
VI.	Die Koordination von Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen durch die Agentur Frontex 39
VII.	Das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR 40
C.	Die Einreise zu einem Aufenthalt von bis zu drei Monaten und das Schengen- Visum 41
I.	Einreisevoraussetzungen für einen Kurzaufenthalt nach Unionsrecht ... 41
	1. Übersicht 41
	2. Besitz gültiger Grenzübertrittspapiere 41
	3. Visumpflicht 41
	4. Nachweis des Aufenthaltszwecks 41
	5. Nachweis der Lebensunterhaltssicherung 42
	6. Keine Ausschreibung im Schengener Informationssystem (SIS) 45
	7. Keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung 45

II.	Die verschiedenen Visumarten	48
1.	Begriff, Funktionen und Rechtsnatur des Visums	48
2.	Visumpflichtige und visumfreie Drittstaatsangehörige	48
3.	Die verschiedenen Erteilungsformen von Kurzeit-Visa	49
III.	Das Verfahren der Visumerteilung	50
IV.	Die Entscheidung über den Visumantrag und ihre Rechtsfolgen	51
V.	Berechnung der Aufenthaltsfrist, Geltungsdauer und Verlängerung des Visums	52
VI.	Der Entzug von Schengenvisa	53
D.	Die Einreise zu einem längerfristigen Aufenthalt	54
I.	Einreisevoraussetzungen nach nationalem Recht	54
II.	Das nationale Visum	55
1.	Grundlagen	55
2.	Visumpflicht für Ausländer	55
3.	Visumantrag und Prüfverfahren	57
4.	Materielle Voraussetzungen für die Visumerteilung	58
III.	Die Passpflicht	58
IV.	Fehlen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots und von Zurückweisungstatbeständen	58
V.	Ausnahmetatbestände	59
1.	Ablehnung des Visumantrags	59
2.	Nationales Ausnahmevisum	59
VI.	Ausnahme von der Passpflicht	59
VII.	Betretenserlaubnis	60
E.	Einreise- und Aufenthaltsverbote	60
I.	Funktionen der Regelung	60
II.	Voraussetzungen und Fallgruppen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots	60
3.	Befristung von Amts wegen	61
4.	Aufhebung und Fristverkürzung	63
5.	Zuständige Behörde	63
6.	Betretenserlaubnis trotz Einreiseverbot	63
7.	Verstoß gegen ein Einreiseverbot	64
F.	Die irreguläre Einreise und ihre Folgen	64
I.	Fallkonstellationen der irregulären Einreise und rechtliche Einordnung	64
II.	Einreiseverweigerung nach Art. 14 SGK	65
III.	Zurückweisung nach § 15 AufenthG	65
IV.	Die Zurückweisungshaft und der Transitgewahrsam	66
V.	Straf- und Bußgeldtatbestände	67
§ 4	Aufenthalt (Voraussetzungen, Aufenthaltszwecke, Integration)	69
A.	Allgemeine Voraussetzungen des Aufenthalts; Aufenthaltstitel	75
I.	Die Vermittlung des Aufenthaltsrechts durch Aufenthaltstitel	75
1.	Gruppen von Aufenthaltstiteln	79
2.	Inhalt des Aufenthaltstitels	89
3.	Aufenthaltsurlaubnisse für gesetzlich nicht geregelte Anlässe nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG	111
4.	Die Fiktionsbescheinigung	114
II.	Prüfungsschema zur Erteilung von Aufenthaltstiteln	121
III.	Wechsel des Aufenthaltszwecks	123
1.	Zulässigkeit und Beschränkungen nach dem Aufenthaltsgesetz	124
2.	Bedeutung	124

IV.	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	125
1.	Erfüllung der Visumpflicht	125
2.	Sicherung des Lebensunterhalts	137
3.	Klärung von Identität und Staatsangehörigkeit	149
4.	Fehlen eines Ausweisungsinteresses	151
5.	Nichtgefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland ..	155
6.	Erfüllung der Passpflicht	156
7.	Ausnahmen von den Regelerteilungsvoraussetzungen	166
8.	Terrorismusausschluss-Klausel	170
9.	Sperrwirkung eines Asylantrages oder erfolglosen Asylverfahrens	170
V.	Niederlassungserlaubnis	174
1.	Ausreichender Voraufenthalt	176
2.	Wirtschaftliche Integrationsvoraussetzungen	179
3.	Öffentliche Sicherheit und allgemeine Integration in die Lebensverhältnisse	180
VI.	Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU	181
1.	Erwerb des Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten	181
2.	Besonderer Aufenthaltstitel	182
3.	Kleine Freizügigkeit	183
4.	Verlust der Rechtsstellung	183
5.	Erteilungsvoraussetzungen	183
6.	Ausschlusstatbestände	185
7.	Anrechnung von Aufenthaltszeiten	186
8.	Vorhandensein fester und regelmäßiger Einkünfte	190
B.	Die einzelnen Aufenthaltsw Zwecke	191
I.	Grundlagen der Fachkräfteeinwanderung	191
1.	Entwicklung des Arbeitsmigrationsrechts der Bundesrepublik	191
2.	Arbeitsmarktrelevante Grundaussagen des AufenthG und Grundsätze der Fachkräfteeinwanderung	195
II.	Aufenthalt zu Ausbildungs- und Studienzwecken	209
1.	Entwicklung der Regelungen	209
2.	Lebensunterhaltssicherung	211
3.	Zustimmung der Personensorgeberechtigten	211
4.	Aufenthalt zur Berufsausbildung	212
5.	Aufenthalt zum Studium	214
6.	Aufenthalt für Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	223
7.	Teilnahme an einem Sprachkurs und Schulbesuch	229
8.	Aufenthalt zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes	230
III.	Einreise und Aufenthalt zum Zwecke der Erwerbstätigkeit	232
1.	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen nach § 18 AufenthG	233
2.	Fachkräfte mit Berufsausbildung nach § 18a AufenthG	241
3.	Fachkräfte mit akademischer Ausbildung nach § 18b AufenthG	243
4.	Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte nach § 18c AufenthG	249
5.	Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Zwecken nach § 19c AufenthG ...	254
6.	Aufenthaltserlaubnis für einen europäischen Freiwilligendienst nach § 19e AufenthG	257
7.	Unternehmensinterner Arbeitnehmer-Transfer nach §§ 19, 19a, 19b AufenthG	259
8.	Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	266
9.	Zulassung für Selbstständige gemäß § 21 AufenthG	272
10.	Arbeitsmarktzugang für Geduldete und Asylantragsteller	276
11.	Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	302

IV.	Aufenthalt von Forschern	305
	1. Zielsetzung und Anwendungsbereich	305
	2. Anerkennung von Forschungseinrichtungen	305
	3. Aufnahmevereinbarung	307
	4. Abweichende Zulassungsformen	308
	5. Ablehnungsgründe	308
	6. Ausnahmen des § 18d Abs. 6 AufenthG	308
	7. Grenzüberschreitender Aufenthalt	309
	8. Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher	309
V.	Aufenthalte aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	309
	1. Allgemeines	310
	2. Die Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)	320
	3. Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden (§ 23 Abs. 1 AufenthG)	325
	4. Aufenthaltsgewährung durch den Bund bei besonders gelagerten politischen Interessen (§ 23 Abs. 2 AufenthG)	331
	5. Neuansiedlung von Schutzsuchenden (§ 23 Abs. 4 AufenthG)	333
	6. Die Härtefallregelung (§ 23a AufenthG)	335
	7. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)	341
	8. Aufenthaltsgewährung bei anerkannten Asylberechtigten (§ 25 Abs. 1 AufenthG)	345
	9. Aufenthaltsgewährung für GFK-Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 2 AufenthG)	349
	10. Aufenthaltserlaubnis in Fällen des nationalen subsidiären Schutzes (§ 25 Abs. 3 AufenthG)	351
	11. Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt (§ 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG)	357
	12. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	362
	13. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel (§ 25 Abs. 4a AufenthG)	367
	14. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Schwarzarbeit (§ 25 Abs. 4b AufenthG)	371
	15. Aufenthaltsgewährung bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	373
	16. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden (§ 25a AufenthG)	386
	17. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	400
	18. Aufenthaltsverfestigung bei humanitären Aufenthalten (§ 26 Abs. 3 und 4 AufenthG)	411
VI.	Familiennachzug	418
	1. Allgemeines	418
	2. Familiennachzug zu Deutschen	439
	3. Familiennachzug zu Ausländern	443
	4. Aufenthaltsverfestigung von Familienangehörigen – eigenständiges Aufenthaltsrecht, Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt – EU	465
	5. Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen	469
	6. Erwerbstätigkeit der Familienangehörigen	474

VII. Sonstige Aufenthalte	474
1. Wiederkehrende junge Menschen	474
2. Wiederkehrende Rentner	477
3. Wiederkehr nach Zwangssehe	478
4. Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	479
5. Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten langfristig Aufenthaltsberechtigte	484
C. Integrationskurse	488
I. Einführung	488
1. Integration als Gegenstand und Ziel des Zuwanderungsrechts	488
2. Begriff der Integration im deutschen und europäischen Zuwanderungsrecht	489
3. Überblick über die wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen in Deutschland und Europa	495
II. Der Integrationskurs als Kern des deutschen Integrationskonzepts	498
1. Ziel, Inhalt und Struktur des Integrationskurses	499
2. Die aufenthaltsrechtliche Relevanz der Teilnahme am Integrationskurs	500
3. Kosten und Finanzierung der Integrationskurse	502
III. Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs	502
1. Teilnahmeanspruch	503
2. Zulassung im Rahmen vorhandener Kursplätze	504
IV. Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs	505
1. Voraussetzungen der Teilnahmeverpflichtung	505
2. Folgen der Pflichtverletzung	507
V. Zulassung als Integrationskursträger	509
1. Voraussetzungen für die Zulassung	509
2. Verfahren der Zulassung	510
§ 5 Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit	513
A. Ausreisepflicht, Ausweisung	515
I. Ausreise- und Rückführungspflicht	515
1. Begriff	515
2. Ausreisefrist	519
3. Rechtsfolgen	520
4. Erfüllung der Ausreisepflicht	521
II. Erlöschen eines Aufenthaltstitels	522
1. Überblick	522
2. Einzelne Erlöschensgründe	523
III. Ausweisung	529
1. Begriffsbestimmung und gesetzliche Systematik	529
2. Rechtsfolgen	534
3. Verwaltungsverfahren	536
4. Ausweisungsanlass (§ 53 Abs. 1 AufenthG)	540
5. Entscheidungsgrundlage und Abwägungskriterien (§ 53 Abs. 2 AufenthG)	540
6. Sonderregelungen für einzelne Personengruppen (§ 53 Abs. 3 und 4 AufenthG)	541
7. Bestimmung und Gewichtung des Ausweisungsinteresses (§ 54 AufenthG)	542
8. Bestimmung und Gewichtung des Bleibeinteresses (§ 55 AufenthG)	546
9. Verbrauch von Ausweisungsgründen	547
10. Abwägungsentscheidung (§ 53 Abs. 1 u. 2 AufenthG)	548
11. Prüfungsablauf	548

IV.	Befristung der Ausweisungsentscheidung nach § 11 AufenthG	550
B.	Abschiebungshindernisse	550
I.	Allgemeines	550
1.	Begriff und Regelungssystem	550
2.	Die Prüfungszuständigkeiten für Abschiebungshindernisse	551
II.	Der Abschiebungsschutz nach § 60 AufenthG	552
1.	Allgemeines	552
2.	Flüchtlingsrechtlicher Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 1 AufenthG) .	553
3.	Subsidiärer Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 2, 4, 5 und 7 AufenthG)	570
III.	Der Abschiebungsschutz nach den §§ 60a bis 60d AufenthG	579
1.	Die generelle Aussetzung der Abschiebung (§ 60a Abs. 1 S. 1 AufenthG)	579
2.	Die Duldung im Einzelfall (§ 60a Abs. 2 bis 2d AufenthG)	580
3.	Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität (§ 60b AufenthG)	587
4.	Die Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)	589
5.	Die Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)	593
C.	Sonstige Anforderungen an die Abschiebung	595
I.	Das Abschiebungsverfahren	595
1.	Allgemeines	595
2.	Die Androhung der Abschiebung	595
II.	Die Abschiebungsanordnung	597
1.	Entstehungsgeschichte	597
2.	Verfassungsmäßigkeit des § 58a AufenthG	598
3.	Voraussetzungen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	599
4.	Rechtsfolgen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG ...	601
D.	Abschiebungshaft	603
I.	Zweck	603
II.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	603
III.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Abschiebungshaft	605
1.	Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	605
2.	Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	606
IV.	Ausreisegewahrsam	610
V.	Vorläufige behördliche Ingewahrsamnahme	612
VI.	Gerichtliches Verfahren	612
1.	Verfahren vor dem Amtsgericht	612
2.	Anordnung einer vorläufigen Freiheitsentziehung (§ 427 FamFG) ..	616
3.	Rechtsmittel nach dem FamFG	617
4.	Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit	617
E.	Pflichten der Beförderungs- und Flug(hafen)unternehmer	618
I.	Übersicht und Grundlagen	618
II.	Beförderungsverbot	619
III.	Rückbeförderungspflichten	620
IV.	Pflichten der Flughafenunternehmer	621

3. Teil: Europarechtlich geprägte Aufenthaltsrechte

§ 6	Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen	623
A.	Die Entwicklung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	624

B. Die Freizügigkeitstatbestände nach dem FreizügG/EU	626
I. Regelungssystematik	626
II. Kurzaufenthalt bis zu einer Dauer von drei Monaten	626
III. Einzelne Freizügigkeitstatbestände	627
1. Arbeitnehmer	627
2. Arbeitssuchende	628
3. Niedergelassene selbständige Erwerbstätige	628
4. Dienstleistungserbringer	629
5. Dienstleistungsempfänger	629
6. Nichterwerbstätige	630
7. Familienangehörige	630
8. Daueraufenthaltsberechtigte	634
C. Einreise und verfahrensrechtliche Regelungen	635
I. Einreise in die Bundesrepublik Deutschland	635
II. Meldebehördliches und ausländerbehördliches Verfahren	635
1. Unionsbürger	635
2. Familienangehörige	636
3. Verfahren bei Erwerb des Daueraufenthaltsrechts	637
D. Der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	637
I. Allgemeines	637
II. Einzelne Verlusttatbestände	638
1. Verlustfeststellung bei Wegfall der Freizügigkeitsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 4 FreizügG/EU	638
2. Verlustfeststellung infolge Täuschung oder Scheinehe	639
3. Verlustfeststellung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	640
III. Rechtsfolgen der Verlustfeststellung	646
1. Regelungssystematik	646
2. Ausreisepflicht	647
3. Ausreisefrist und Abschiebungsandrohung	647
4. Einreiseverbot, Aufenthaltsverbot und Befristung	647
IV. Sonderfall der Zurückweisung an der Grenze	648
E. Übergangsvorschriften zur EU-Erweiterung	649
F. Unionsbürgerfreizügigkeit und Brexit	649
§ 7 Aufenthaltsrecht nach EU-Assoziationsrecht	651
A. Typologie und Rechtsnatur des Assoziationsrechts	653
I. Allgemeines	653
II. Rechtsnatur der Assoziationsabkommen	653
III. Rechtsprechungskompetenz des EuGH	655
IV. Aufenthaltsrechtliche Wirkung assoziationsrechtlicher Regelungen	655
B. Assoziationsrechtliche Rechtsstellung türkischer Staatsangehöriger	656
I. Entwicklung des Assoziationsrechts zwischen der EU und der Türkei ..	656
II. Allgemeine Grundprinzipien des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts türkischer Staatsangehöriger	657
III. Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	657
1. Der Begriff des Arbeitnehmers	658
2. Zugehörigkeit zum regulären Arbeitsmarkt	659
3. Ordnungsgemäße Beschäftigung	660
4. Unterbrechung von Beschäftigungszeiten	660
5. Stufenfolge der assoziationsrechtlichen Rechtsstellung des türkischen Arbeitnehmers	661

6. Erlöschen der Rechtsstellung aus Art. 6 Abs. 1 ARB 1/80	661
7. Aufenthaltsrechtliche Rechtsfolgen	663
IV. Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	663
1. Das Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen nach Art. 7 S. 1	664
2. Das Aufenthaltsrecht der Kinder türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 S. 2 ARB 1/80	668
3. Erlöschen des Aufenthaltsrechts aus Art. 7 ARB 1/80	669
V. Aufenthaltsrecht aus diskriminierungsfreiem Bildungszugang nach Art. 9 ARB 1/80?	673
1. Diskriminierungsfreier Bildungszugang	673
2. Aufenthaltsrechtliche Relevanz	673
VI. Aufenthaltsrechtliche Wirkung des Diskriminierungsverbots des Art. 10 ARB 1/80	674
1. Diskriminierungsverbot zugunsten türkischer Arbeitnehmer in Art. 10 Abs. 1 ARB 1/80	674
2. Anspruch auf Unterstützung durch Arbeitsämter bei der Arbeitsplatzsuche nach Art. 10 Abs. 2 ARB 1/80	676
VII. Die stand-still-Klauseln des Art. 7 ARB 2/76, Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 Abs. 1 ZP	677
1. Wirkungsweise der Stillhalteklausele der Art. 7 ARB 2/76 und Art. 13 ARB 1/80	677
2. Anwendungsbereich der Stillhalteklausele des Art. 13 ARB 1/80	680
3. Stillhalteklausele nach Art. 41 Abs. 1 ZP	683
VIII. Die Schranke der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit aus Art. 14 ARB 1/80	684
1. Systematik der Schrankenregelung des Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80 ...	684
2. Materielle Anforderungen an die Ausweisung türkischer Assoziationsberechtigter und ihrer Familienangehörigen	687
3. Verfahrensrechtliche Vorgaben für die Ausweisung Assoziationsberechtigter	689
C. Weitere assoziationsrechtliche Aufenthaltsrechte	689
I. Aufenthaltsrecht nach dem EWR-Abkommen (Island, Lichtenstein, Norwegen)	689
II. Die aufenthaltsrechtliche Stellung Schweizer Staatsangehöriger	689

4. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz

§ 8 Verwaltungsverfahren und Mitteilungspflichten	691
A. Ablauf des Verfahrens im Überblick	691
B. Einzelregelungen des AufenthG zum Verwaltungsverfahren	692
I. Zuständigkeitsregelungen	692
1. Gesetzgebungszuständigkeiten	692
2. Steuerungskompetenzen der Bundesverwaltung	693
3. Behördenzuständigkeiten	693
II. Das beschleunigte Fachkräfteverfahren nach § 81a AufenthG	696
III. Besondere Beteiligungsregelungen	696
IV. Weisungsrechte der Bundesregierung	697
V. Antragserfordernis und Mitwirkungspflichten	697
C. Datenerhebung und Mitteilungspflichten nach §§ 87, 88 AufenthG	698
I. Datenschutz und Datenerhebung	698
II. Datenerhebung	699
III. Datenübermittlung	699

IV.	Allgemeine Voraussetzung der Übermittlungspflicht	700
1.	Begriff der öffentlichen Stelle	700
2.	Behördeneigenschaft als Anknüpfungspunkt	701
3.	Voraussetzungen der Übermittlungspflicht	701
4.	Kenntniserlangung ohne Datenerhebung	702
V.	Gesetzliche Einschränkung der Übermittlungspflicht	703
1.	Beschränkung der Übermittlungspflicht in der Praxis	703
2.	Einschränkung nach Art der Tätigkeit	704
VI.	Besondere gesetzliche Verwendungsregelungen	704
1.	Allgemeine Einordnung	704
2.	Originäre Mitteilungspflichten im öffentlichen Krankenhaus	704
3.	Bereichsspezifische Offenbarungsbefugnisse	707
VII.	Antrag auf Kostenübernahme und nachfolgende Krankenbehandlung ..	708
§ 9	Rechtsschutz	711
A.	Verfassungsrechtliche Vorgaben	713
I.	Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	713
1.	Gegenstand und Umfang	713
2.	Zulässige Zugangsbeschränkungen	714
3.	Recht auf effektiven Rechtsschutz	716
II.	Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	718
1.	Recht auf Information, insbesondere Akteneinsichtsrecht	718
2.	Recht auf Äußerung	719
3.	Recht auf Berücksichtigung	719
III.	Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	720
B.	Rechtswege im Ausländerrecht	720
C.	Verwaltungsgerichtliches Verfahren	721
I.	Die Strukturprinzipien im ausländerrechtlichen Verfahren	722
1.	Amtsermittlungspflicht	722
2.	Mitwirkungsobliegenheiten der Beteiligten	727
3.	Dispositionsmaxime	728
4.	Mündlichkeitsgrundsatz	728
5.	Besonderheiten aufgrund der Sprache	729
II.	Vorläufiges Rechtsschutzverfahren	730
1.	Allgemeines	730
2.	Zulässigkeit	731
3.	Begründetheitsfragen	735
4.	Rechtsmittel	741
5.	Gerichtlicher Schiebebeschluss	742
III.	Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht	742
1.	Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	742
2.	Richtige Klageart	745
3.	Klagebefugnis	758
4.	Vorverfahren	762
5.	Klagefrist, Rechtsschutzinteresse, Klagerücknahmefiktion	763
6.	Begründetheitsfragen	765
IV.	Das Rechtsmittel der Berufung	767
1.	Das Verfahren bei Antrag auf Zulassung der Berufung	768
2.	Das Verfahren bei Zulassung der Berufung durch das VG	775
3.	Berufungsverfahren und Berufungsentscheidung	776

V.	Das Rechtsmittel der Revision	780
1.	Das Verfahren bei nicht zugelassener Revision	780
2.	Das Verfahren bei Zulassung der (Sprung-)Revision durch eine der Vorinstanzen	788
3.	Revisionsverfahren und Revisionsentscheidung	791
VI.	Verfahren nach § 58a AufenthG vor dem BVerwG	793
VII.	Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	793
VIII.	Kosten und Streitwert	795
D.	Außerordentliche Rechtsbehelfe	797
I.	Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	798
1.	Vertretung	798
2.	Anforderungen an die Begründung	798
3.	Frist	799
4.	Erfordernis der Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität	800
5.	Besonderheiten bei Rechtssatzverfassungsbeschwerden	802
6.	Annahmeverfahren	802
7.	Kosten	803
II.	Verfassungsbeschwerde zu den Landesverfassungsgerichten	803
III.	Individualbeschwerde zum EGMR	804

5. Teil: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG

§ 10	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	809
A.	Einführung	811
B.	Die Straftatbestände des AufenthG	812
I.	Die Grundtatbestände in § 95 AufenthG	812
1.	Der passlose Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1)	812
2.	Der einfache unerlaubte Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 2)	813
3.	Die einfache unerlaubte Einreise (Abs. 1 Nr. 3)	819
4.	Verstoß gegen Ausreiseverbot oder Verbot der politischen Betätigung (Abs. 1 Nr. 4)	820
5.	Unrichtige oder unvollständige Angaben (Abs. 1 Nr. 5)	821
6.	Nichtduldung erkennungsdienstlicher Maßnahmen (Abs. 1 Nr. 6) ..	822
7.	Verstoß gegen Beschränkungen bei ausgewiesenen Ausländern (Abs. 1 Nr. 6a)	822
8.	Wiederholter Verstoß gegen räumliche Beschränkung bei ausreisepflichtigen Ausländern (Abs. 1 Nr. 7)	825
9.	Geheimbündelei (Abs. 1 Nr. 8)	826
10.	Illegale Erwerbstätigkeit bei Inhabern eines Schengen-Visums (Abs. 1a)	827
11.	Unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt nach Abschiebung, Zurückschiebung oder Ausweisung (Abs. 2 Nr. 1)	828
12.	Zu widerhandlung gegen elektronische Aufenthaltsüberwachung (Abs. 2 Nr. 1a)	828
13.	Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (Abs. 2 Nr. 2)	829
II.	Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG)	831
1.	Grundtatbestand des Einschleusens von Ausländern (§ 96 Abs. 1 AufenthG)	831
2.	Qualifikationstatbestand des § 96 Abs. 2 AufenthG	837
3.	Verbrechenstatbestand des § 97 AufenthG	839
4.	Entsprechende Anwendung im Falle von Taten zum Nachteil anderer Unionsstaaten (§§ 96 Abs. 4, 97 AufenthG)	840

C. Die Bußgeldtatbestände des AufenthG (§ 98 AufenthG)	840
I. Allgemeines	840
II. Überblick über die einzelnen Bußgeldtatbestände	841
1. Der fahrlässige passlose oder illegale Aufenthalt im Bundesgebiet (Abs. 1)	841
2. Fehlender Nachweis über ein assoziationsrechtliches Aufenthaltsrecht (Abs. 2 Nr. 1)	842
3. Sich-Entziehen der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs (Abs. 2 Nr. 2)	842
4. Verstoß gegen Mitwirkungspflichten beim Lichtbildabgleich (Abs. 2 Nr. 2a)	842
5. Nichtbefolgung ausweisrechtlicher Pflichten (Abs. 2 Nr. 3)	843
6. Nichtteilnahme am Integrationskurs (Abs. 2 Nr. 4)	843
7. Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Ende von Beschäftigung oder Ausbildung (Abs. 2 Nr. 5)	843
8. Beauftragung eines Ausländers mit nachhaltigen Werk- oder Dienstleistungen (Abs. 2a Nr. 1)	844
9. Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Beschäftigung eines Ausländers (Abs. 2a Nr. 2)	844
10. Verstoß gegen Anzeigepflicht bei Mobiler-ICT-Karte (Abs. 2a Nr. 3)	845
11. Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Ausbildung oder Erwerbstätigkeit eines geduldeten Ausländers (Abs. 2a Nr. 4)	845
12. Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit ohne Genehmigung (Abs. 3 Nr. 1)	846
13. Verstoß gegen vollziehbare Auflagen (Abs. 3 Nr. 2)	846
14. Verstoß gegen die gesetzliche Pflicht zur Wohnsitznahme (Abs. 3 Nr. 2a)	846
15. Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung oder Wohnsitzanordnung (Abs. 3 Nr. 2b)	847
16. Verstoß gegen Grenzübertrittsformalitäten (Abs. 3 Nr. 3)	847
17. Verstoß gegen vollziehbare Anordnungen (Abs. 3 Nr. 4)	847
18. Verstoß gegen die Meldepflicht (Abs. 3 Nr. 5)	848
19. Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung (Abs. 3 Nr. 5a)	848
20. Verstoß gegen Mitwirkungspflicht zur Erlangung von Pass oder Passersatz (Abs. 3 Nr. 5b)	849
21. Verstoß gegen die Antragspflicht als gesetzlicher Vertreter (Abs. 3 Nr. 6)	849
22. Verstoß gegen Rechtsverordnung nach § 99 Abs. 1 Nr. 3a, 7, 10 oder 13a AufenthG (Abs. 3 Nr. 7)	849
Anhang: Rechtsprechungskonkordanz	851
Sachverzeichnis	949